Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 23.05.2000
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am 09.05.2000
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 16:00 Uhr – 19:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 16:53 Uhr – 17:15 Uhr 17:45 Uhr – 18:05 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 22.02.2000 - öffentlicher Teil -
256/2000**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- Einsparkonzept RVK -
294/2000**
- 5. Stadtbus-Konzept; Anbindung von Hebborn an die Stadtmitte
- Anhörung des Sachverständigen Hüsler**

6. **Annahme der neuen Bürgermeisterkette als Geschenk des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. an die Stadt Bergisch Gladbach**
208/2000
7. **Genehmigungen von Dienstreisen**
215/2000
8. **Gründung der Veranstaltungsgesellschaft mbH "Rund um Köln" ;
Bestellung der Gesellschaftsmitglieder**
225/2000
9. **Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem
Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Ein-
richtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung**
183/2000
10. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß**
255/2000
11. **Ordnungsbehördliche Verordnung über allgemeine Ausnahmen vom Verbot des
§ 9 Absatz 1 Landes-Immissionsschutzgesetz (Nachtruhe) für Zwecke der Au-
ßengastronomie**
254/2000
12. **Antrag der SPD-Fraktion zur Beteiligung am autofreien Tag am 22.Sept.**
286/2000
13. **Entwicklung der schienengebundenen Güterlogistik
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.05.2000**
297/2000
14. **Fortführung der Linie 1 über Bensberg hinaus**
295/2000
15. **Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2000 zur geplanten Linienführung des
Stadtbusses im Hebborner Feld**
287/2000
16. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2000 zur Linien-
planung der Busse im Bereich des Wohnplatzes Hebborn**

296/2000

17. **Zentrenkonzept Bergisch Gladbach;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.03.2000**
289/2000
18. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 13.04.2000, durch Verhandlungen mit dem Rheinisch Bergischen Kreis eine Schwangerschaftskonfliktberatung für den Südkreis sicherzustellen**
265/2000
19. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 17.04.2000, erste Schritte zur Gründung einer eigenen städtischen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft zu unternehmen**
279/2000
20. **Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 und
Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000**
200/2000
21. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 06.04.2000 zur Problematik der NS- Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach**
283/2000
22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie weist auf folgende Unterlagen hin, die Grundlage für die heutige Sitzung sind:

1. Die Einladung vom 26.04.2000 mit den dazugehörenden Vorlagen.
2. Die Beschlußvorlage zur Drucksachen-Nr. 183/2000, die bereits Gegenstand im Finanz- und Liegenschaftsausschuß war und deshalb der vorgenannten Einladung nicht beigelegt wurde.

Gegenüber der anwesenden Bürgerschaft, die vornehmlich wegen des Punktes 5 des öffentlichen Teiles erschienen ist, stellt sie klar, daß diese entsprechend der Geschäftsordnung nicht das Recht besitzen, Fragen zu stellen oder Wortbeiträge abzugeben. Sie bittet eindringlich darum, dies zu akzeptieren. Mit Blick auf die erste Bürgerversammlung zur geplanten Anbindung des Wohngebietes Hebborner Feld an die Stadtmitte bringt sie ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß es hier zu einer nicht vorhersehbaren Eskalation gekommen sei und einige danach eingegangene Schriftsätze nicht immer mit der gebotenen Sachlichkeit an diese Thematik herangingen. Ausdrücklich nimmt sie die mit der Angelegenheit befaßten Verwaltungsmitarbeiter, insbesondere Herrn Jachwitz, in Schutz, die lediglich einen politischen Auftrag umsetzten und sich bemühten, dies nach besten Kräften zu leisten.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2000 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilung der Bürgermeisterin zum Einsparkonzept RVK

Herr Ziffus schlägt vor, daß die RVK ihre Rechte an den Buslinien 420, 421, 423, 440, 453 und 455 an die Wupper Sieg AG abtritt. Diese werde aufgrund ihres moderneren Konzeptes mit Sicherheit in der Lage sein, mehr Fahrgäste als bisher auch an Sonn- und Feiertagen zu gewinnen. Technisch könne dies so vollzogen werden, daß die RVK-Linien am Bensberger Busbahnhof abgebunden werden und der Linienver-

kehr nach Bergisch Gladbach von da ab über die Wupper Sieg AG erfolgt.

Herr Freese hält es für notwendig, den Standard der ÖPNV-Versorgung im Stadtgebiet zu erhalten. Vor diesem Hintergrund solle sich die RVK überlegen, durch welche geeigneten Maßnahmen eine Attraktivierung der in Rede stehenden Linien erreicht werden könne. Entsprechende Gespräche seien mit dem Kreis als Aufgabenträger zu führen.

Bürgermeisterin Opladen regt an, daß die jeweiligen Fraktionen ihre Mandatskollegen auf Kreisebene in die Angelegenheit einbinden. Letztendlich entschieden die Kreisgremien, wie in der Angelegenheit weiter verfahren werde.

Frau Böcher regt an, daß als Ersatz für entfallende Linien ggf. ein Anruf- Sammel-Taxi eingerichtet wird.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, auch diese Anregung mit zu berücksichtigen.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5 Stadtbus-Konzept; Anbindung von Hebborn an die Stadtmitte - Anhörung des Sachverständigen Hüsler

Es wird Einvernehmen erzielt, die Tagesordnungspunkte A5, A15 und A16 gemeinsam zu behandeln, da ein unmittelbarer sachlicher Zusammenhang besteht.

Bürgermeisterin Opladen erläutert der anwesenden Bürgerschaft, daß die zur Problematik eingegangenen Schriftsätze den anwesenden Sachverständigen Hüsler und Ottmer vorab zur Kenntnis gegeben wurden. Diese seien daher über die vorgetragenen Bedenken und Anregungen inhaltlich informiert.

Sodann erläutern die beiden Sachverständigen in einem längeren Vortrag ihre Auffassung zu den für die Anbindung des Wohngebietes Hebborner Feld angedachten Maßnahmen. Sie stellen hierbei insbesondere fest, daß sich die kritisierte geplante Linienführung zwar nicht unmittelbar aus dem im Dezember 1998 durch den Rat verabschiedeten Detailkonzept ergebe, die angedachten Maßnahmen jedoch gleichwohl als Zwischenstufe im Rahmen der Verwirklichung des Stadtbuskonzeptes als für sinnvoll und wünschenswert zu betrachten sind.

Im Anschluß daran beantworten Herr Hüsler und Herr Ottmer die Fragen der Ratsmitglieder.

Auf Nachfrage des Ratsmitgliedes Freese bestätigt Herr Ottmer, daß die in Rede stehende Linienführung ein sinnvoller Zwischenschritt bis zur endgültigen Durchführung der im Wohngebiet Hebborner Feld angedachten Maßnahmen ist. Das Detailkonzept zum Stadtbusssystem habe ursprünglich vorgesehen, eine Buslinie 14 auf der Alten Wipperfürther Straße (B 506) um das Wohnquartier herumzuführen und eine weitere Linie 16 direkt in das Quartier hinein (mit dortiger Endhaltestelle). Bei der Planung habe man davon ausgehen müssen, daß ein durchgängiges Befahren des Quartiers aufgrund der vorhandenen Straßensperren nicht möglich sei. Da dies jedoch nunmehr geändert werden solle, bestünden keine Bedenken, künftig ggf. auch die

Stadtbuslinie 14 direkt durch das Quartier zu führen. Dies biete die Möglichkeit, dieses künftig noch effektiver anbinden zu können und das potentielle Fahrgastaufkommen zu erhöhen.

Herr Müller ist der Auffassung, daß die zeitliche Dauer des Probelaufes auf ein Jahr beschränkt werden sollte. Von den Sachverständigen möchte er wissen, ob eine Zweiteilung des Linienweges dergestalt sinnvoll sei, daß der stadtauswärts führende Linienast über die Alte Wipperfürther Straße verlaufe und nur der stadteinwärts führende unmittelbar durch das Wohnquartier. Dieser Kompromiß reduziere die Anzahl der pro Stunde durchfahrenden Busse von 6 auf 3. Er bewirke außerdem, daß die Alte Wipperfürther Straße von den Fahrgästen nicht mehr überquert werden müsse.

Herr Hüsler betont die unbedingte Notwendigkeit, durch die Stadtbusse die Wohnquartiere direkt in beiden Richtungen anfahren zu lassen. Vor diesem Hintergrund sei der von Herrn Müller vorgetragene Kompromiß ungünstig, da er zu einer Verkomplizierung beitrage. Es gebe auf der Alten Wipperfürther Straße nur wenige und recht weit auseinanderliegende Zugänge zum Wohnquartier. Dies bewirke längere Fußwege von bzw. zu den Haltestellen, was nicht wünschenswert sei. Ein Absehen von einer Verlegung des Linienweges in das Wohnquartier sei dann günstiger, lege jedoch der Verwirklichung des Stadtbussystemes in diesem Bereich ein großes Hindernis in den Weg.

Herr Müller fragt an, ob als anderer sinnvoller Kompromiß eine Verkürzung des angedachten Linienweges in Betracht komme. Es bestehe die Möglichkeit, den Bus lediglich über die Straßen Im Kleefeld und Gerstensschlag und anschließend nach links über die Straße Haferbusch direkt auf die Alte Wipperfürther Straße zu führen. Ein Befahren der Straßen Hebborner Berg und Hebborner Feld werde dann entbehrlich.

Herr Hüsler geht davon aus, daß ein einjähriger Probelauf ausreicht, um die Effektivität eines geänderten Linienweges zu belegen. Werde die Linie direkt durch das Wohnquartier geführt, sei seiner Auffassung nach innerhalb eines Jahres eine 10 %ige Steigerung des Fahrgastaufkommens denk- und erreichbar. Festgestellt werden müsse dies durch Zählungen zu Beginn und am Ende des Probelaufes. Der durch Herrn Müller vorgetragene zweite Alternativvorschlag sei trotz der reduzierten Linienführung ein Schritt in die richtige Richtung. Besser sei allerdings der ursprünglich angedachte Linienweg.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß die künftige Stadtbuslinie 16 nach den Aussagen des Detailkonzeptes aus einer anderen Richtung das Wohnquartier anfahren solle. Die z.Z. angedachte Linienführung lasse eine Anbindung an die Odenthaler Straße außer acht. Zudem mache eine Verwirklichung der späteren Linie 16 ein Versetzen von zumindest einer der derzeit geplanten Schrankenanlagen notwendig. Er bezweifelt vor diesem Hintergrund die Sinnhaftigkeit der angedachten Maßnahmen.

Für Herrn Ottmer stellt die Streitgegenständliche Linienführung lediglich eine Modifikation der angedachten Stadtbuslinie 14 dar. Sie habe mit der Linie 16 keinen unmittelbaren Zusammenhang. Die Modifikation entspreche den Grundsätzen des Stadtbussystems und werde daher von ihm befürwortet. Auch nach Einführung der Stadtbuslinie 16 könne der Linienweg der Linie 14 durch das Wohnquartier unverändert belassen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Freese bestätigt Herr Ottmer nochmals, daß ein aufgespalte-
ner Linienweg durch die Fahrgäste nicht im gewünschten Maße angenommen wer-
de und daher im Rahmen des Stadtbuskonzeptes als ineffektiv zu bewerten sei.

Herr Ziffus möchte wissen, wie bei einer in das Wohnquartier verlegten Stadtbuslinie
14 eine sinnvolle Anbindung des Wohnbereiches Mutzer Straße aussehen könnte. Für
die dortigen Anwohner stellten Busfahrten über das Wohnquartier Hebborner Feld
einen Umweg dar.

Herr Ottmer legt dar, daß Herr Hüsler und er sich mit dieser Fragestellung noch nicht
hinreichend befassen konnten. Daher sei eine abschließende Antwort zum jetzigen
Zeitpunkt noch nicht möglich.

Auf Antrag von Herrn Müller unterbricht Bürgermeisterin Opladen die Sitzung für 20
Minuten.

Danach trägt Herr Müller die Auffassung der CDU-Fraktion vor. Hiernach solle zu-
nächst für die Dauer eines Jahres ein verkürzter Linienweg durch das Wohnquartier
über die Straßen Im Kleefeld, Gerstenschlag und Haferbusch verlaufen. Eine Einbe-
ziehung der Straßen Hebborner Feld und Hebborner Berg solle nicht erfolgen. Nach
Ablauf des Probejahres sei die Angelegenheit mit allen gesammelten Daten und Fak-
ten erneut zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Probetrieb solle im übrigen mög-
lichst ohne größere Kosten realisiert werden.

Herr Freese kritisiert, daß die Fraktionen zu spät über die angedachte und vom De-
tailkonzept abweichende Lösung für das Wohnquartier informiert wurden. Er bittet
darum, künftig eine zeitnähere Information zu gewährleisten, damit alle am Verfahren
Beteiligten so frühzeitig wie möglich über alle relevanten Erkenntnisse verfügen.
Wie Herr Müller betrachtet er eine schnellstmögliche Realisierung der angedachten
Stadtbuslinie 16 als wünschenswert. Da dies zum Fahrplanwechsel am 27. Mai 2000
jedoch nicht geleistet werden könne, sei eine Zwischenlösung sinnvoll. Er schließt
sich dem von Herrn Müller unterbreiteten Vorschlag hinsichtlich eines reduzierten
Linienweges an.

Auch Frau Schmidt-Bolzmann bewertet den von Herrn Müller vorgetragenen Kom-
promiß als positiv.

Stadtkämmerer Kotulla weist darauf hin, daß die Fraktionen bereits recht frühzeitig
über die für den Wohnbereich Hebborner Feld angedachten Maßnahmen informiert
wurden. Für die Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.1999 habe es die schriftliche
Beantwortung einer durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtbus-
system gestellten Anfrage gegeben, in der auch diese Angelegenheit angesprochen
worden sei.

Herr Ziffus lehnt den Kompromiß ab. Dieser konterkariere den wesentlichen, in das
Hüsler-Gutachten eingeflossenen Grundsatz, regionale Buslinien nur über die Haupt-
verkehrsachsen zu führen und ein ergänzendes System kürzerer Stadtbuslinien zu
installieren, das die Anbindung der kleinräumlichen Wohnquartiere an die jeweiligen
Zentren gewährleiste. Die Benutzer der Regionalbuslinien hätten kein Interesse daran,
Umwegfahrten über enger bebaute Wohnquartiere mit der Folge einer Verlängerung
der Fahrten in Kauf zu nehmen. Hinsichtlich der Ereignisse im Zusammenhang mit

der geplanten Erschließung des Wohnbereiches Hebborner Feld nimmt er die Verwaltung ausdrücklich in Schutz. Diese habe aufgrund der für 2000 nur geringen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht anders handeln können. Die Verwaltung habe in ihrer fünfseitigen Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion für die Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.1999 zwar auf Maßnahmen im Bereich Hebborner Feld hingewiesen. Jedoch sei das, was dann Monate später tatsächlich zur Ausführung gelangen sollte, aus den Ausführungen nicht erkennbar gewesen. Zudem habe es sich um eine Tischvorlage gehandelt, deren Aussagen in ihrer jeweiligen Tragweite seinerzeit nicht immer hätten erkannt werden können. Die Ausführungen zum Hebborner Feld hätten bei ihm die Vermutung nahegelegt, es handle sich um die Realisierung der Stadtbuslinie 16 durch einen Linienweg über die Straßen An der Engelsfuhr und eine Weiterführung in das Wohngebiet hinein mit einem Endpunkt im Bereich der Straße Hebborner Feld. Für die Bewohner des Bereiches Hebborner Straße/Mutzer Straße trete jetzt in jedem Falle eine Verschlechterung ein. Diese müßten zu den künftigen Haltestellen weitere Wege zurücklegen. Seiner Auffassung nach solle der Linienweg über die Alte Wipperfürther Straße unverändert bleiben. Weiterhin solle eine Taktverbesserung bis hinein in die späten Abendstunden erfolgen.

Frau Böcher möchte wissen, ob die vom Detailkonzept abweichende Linienführung sich lediglich aus Kostengründen ergebe. Sie wisse, daß es im Wohnquartier durchaus viele Leute gebe, die die geänderte Linienführung positiv bewerteten. Zu verbessern sei auf jeden Fall die Andienung in den Abendstunden. Daß nach 20.00 Uhr bereits kein Bus mehr fahre, müsse unbedingt geändert werden.

Verwaltungsmitarbeiter Jachwitz erläutert, daß die Stadt in Bezug auf den ÖPNV nicht Aufgabenträger sei. Hieraus resultiere, daß die im Hauptausschuß und im Rat zur Einführung des Stadtbussystems gefaßten Beschlüsse nur nach und nach in Verhandlungen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und den Verkehrsträgern umgesetzt werden könnten. Damit erkläre es sich auch, daß das Hüsler-Gutachten nicht 1 : 1 umgesetzt werden könne. Er erläutert dies am Beispiel der im Detailkonzept angeordneten Anbindung von Herkenrath an Bensberg. Er weist darauf hin, daß der öffentliche Personennahverkehr im Rheinisch-Bergischen Kreis über den Nahverkehrsplan definiert werde. Für dessen Umsetzung sei der Kreis verantwortlich. Die Busunternehmen richteten sich bei ihrer Fahrplangestaltung nach diesem Plan. Die Stadt könne lediglich Wünsche äußern und versuchen, diese in Verhandlungen mit dem Kreis und den Verkehrsträgern durchzusetzen. Da für eine Realisierung der Stadtbuslinie 16 eine Anschubfinanzierung in Höhe von etwa 450.000,- DM durch die Stadt nicht in Betracht gekommen sei, habe man versucht, dem Ziel einer besseren Anbindung des Wohnquartiers Hebborner Feld durch einen Kompromiß näher zu kommen. Das Ergebnis sei die streitgegenständliche Linienführung, die seiner Auffassung nach einen gangbaren Weg darstelle. Zudem sei die Haltestelle Markt bereits zum heutigen Zeitpunkt an der Grenze ihrer Kapazität angelangt. Zum Fahrplanwechsel werde ohnehin noch eine weitere Linie, die 436, über sie geführt.

Daraufhin faßt der Hauptausschuß zunächst mehrheitlich gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

- 1.) **Die neue Linienführung im Bereich des Wohngebietes Hebborner Feld verläuft von der Stadtmitte kommend über die Straßen Im Kleefeld, Gerstenschlag und Haferbusch auf die Alte Wipperfürther Straße**

(B 506).

- 2.) Bei dieser neuen Linienführung handelt es sich um einen zunächst auf die Dauer von einem Jahr befristeten Probebetrieb. Sofort nach dessen Aufnahme erfolgt eine erste Fahrgastzählung. Eine zweite wird am Ende des Probebetriebsjahres durchgeführt. Sollte sich anhand der zweiten Zählung ein mehr als 10%iger Fahrgastzuwachs ergeben, wird die neue Linienführung als Erfolg angesehen. Bei einem geringeren Fahrgastzuwachs sollte die Linie nicht mehr durch das Wohngebiet führen.
- 3.) Es sind in Kooperation mit dem Kreis und den Verkehrsträgern alle Anstrengungen zu unternehmen, die geplante Stadtbuslinie 16 früher als bisher angedacht zu realisieren.

Der Probebetrieb soll übrigen möglichst ohne größere Kosten realisiert werden.

Es wird Einvernehmen erzielt, daß sich aufgrund der Diskussionsergebnisse und des obigen Beschlusses die Sätze 1 und 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erledigt haben.

Zuletzt faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

Es ist darauf hin zu wirken, daß das Wohngebiet Hebborner Feld in den Abendstunden künftig verstärkt vom öffentlichen Personennahverkehr angefahren wird. Hierbei sollen Busse an allen Tagen bis 23.00 Uhr und an Wochenenden bis 24.00 Uhr fahren.

Bürgermeisterin Opladen unterbricht die Sitzung für 15 Minuten.

6 Annahme der neuen Bürgermeisterkette als Geschenk des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. an die Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Das Geschenk des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V., die neue Bürgermeisterkette, wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

7 Genehmigungen von Dienstreisen

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Dienstreisen in die Partnerstadt Runnymede in der Zeit vom 16.-18.06.2000

Die Dienstreisen von Frau stellvertretende Bürgermeisterin Ingrid Koshofer sowie der Ratsmitglieder Frau Brigitte Schöttler-Fuchs und Frau Helene Wagner in der Zeit vom 16.-18.06.2000 in die englische Partnerstadt Runnymede werden genehmigt.

2. Dienstreisen in die Partnerstadt Bourgoin-Jallieu in der Zeit vom 23.-25.06.2000

Die Dienstreisen von Herrn stellvertretenden Bürgermeisters Karl Hubert Hagen und des Herrn Ratsmitglied Klaus-Peter Freese in der Zeit vom 23.-25.06.2000 in die französische Partnerstadt Bourgoin-Jallieu werden genehmigt.

**8 Gründung der Veranstaltungsgesellschaft mbH "Rund um Köln" ;
Bestellung der Gesellschaftsmitglieder**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach werden das Ratsmitglied Torsten Köntje, CDU, als Mitglied und das Ratsmitglied Gerhard Neu, SPD, als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Veranstaltungsgesellschaft m. b. H. „ Rund um Köln “ entsandt.

9 Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Vereinbarungen wird zugestimmt.

10 Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß

Frau Ryborsch beklagt allgemein die unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten in den verschiedenen Geschäftszentren der Stadt.

Herr Freese fragt nach der Begründung für die im Ortsteil Paffrath geplante verlängerte Öffnungszeit am 04.11.2000.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß man sich hier auf einen Vorschlag der Interessengemeinschaft gestützt habe.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten werde noch einmal ein Gespräch zu führen sein. Allerdings könne die Stadt hier nur empfehlend tätig werden.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

11 Ordnungsbehördliche Verordnung über allgemeine Ausnahmen vom Verbot des § 9 Absatz 1 Landes-Immissionsschutzgesetz (Nachtruhe) für Zwecke der Außenrestaurants

Für Herrn Müller ist die in § 1 der ordnungsbehördlichen Verordnung angedachte Regelung nicht weitgehend genug. Seiner Auffassung nach müßten entsprechend dem der Vorlage beigefügten Antrag der kjk Gastronomie GmbH eine weitere Ausdehnung der Ausschankzeiten erfolgen. Entsprechend sollten diese an allen Tagen bis 23.00 Uhr und an Wochenenden bzw. an Tagen vor Feiertagen bis 23.30 Uhr gehen. Er geht davon aus, daß auch eine solche weitergehende Regelung im allgemeinen nicht auf den Widerstand der Nachbarschaft stoßen werde.

Des weiteren sei die Formulierung des § 1 der ordnungsbehördlichen Verordnung dergestalt zu ändern, daß der in der vorletzten Zeile benutzte Begriff „Werktagen“ durch lediglich „Tagen“ ersetzt wird. Dies gewährleiste, daß eine verlängerte Ausschankzeit auch für Pfingstsonntag, Pfingstmontag und für Sonntage in den Fällen gelte, daß sich ein weiterer freier Tag anschließe (wie z.B. der 01.05.2000, der unmittelbar auf einen Sonntag folgte).

Auch Frau Böcher schlägt vor, dem Antrag der kjk Gastronomie GmbH zu folgen.

Frau Schmidt-Bolzmann bestätigt, daß sich gerade der Biergartenbetrieb des Kickehäuschens nicht negativ auf die Nachbarschaft auswirke. Eine Genehmigung des Antrages der kjk Gastronomie GmbH wirke sich daher segensreich aus. Ihrer Auffassung nach hätte der Antrag des Betreibers als Bürgerantrag gewertet und bereits 1998 beschlossen werden können. Generell komme die neue ordnungsbehördliche Verordnung zu spät, da die alte bereits 1999 ausgelaufen sei. Nach der derzeitigen Rechtslage müßten die Biergärten im Stadtgebiet im Grunde genommen alle bereits um 22.00 Uhr schließen.

Auch Frau Ryborsch befürwortet den Antrag der kjk Gastronomie GmbH.

Herr Freese hat Bedenken, dem Antrag stattzugeben. Die Gaststätte Kickehäuschen sei von Wohnbebauung umgeben, so daß aufgrund von Nachbarbeschwerden bereits lärmdämmende bauliche Maßnahmen vollzogen werden mußten. Seiner Auffassung nach sei 23.00 Uhr die geeignete Zeit zum Schließen der Biergärten. Schließlich dürften die Gäste ihre Getränke noch austrinken und brauchten eine gewisse Zeit, bis sie anschließend das Lokal verlassen hätten. Er geht davon aus, daß seitens der Gastronomie versucht werde, durch Anträge wie dem hier in Rede stehenden die Öffnungszeiten immer weiter in die Nachtstunden hinein zu verschieben.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß der Widerstand aus der Nachbarschaft im Falle des Kickehäuschens lediglich von einer Person komme.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer erläutert, daß der Antrag der kjk Gastronomie GmbH bewußt in diese Vorlage eingebunden wurde, da die bisherige ordnungsbehördliche Verordnung am 30.09.1999 auslief und bis dahin kein Regelungsbedarf bestand. Hinsichtlich der gewünschten verlängerten Öffnungszeiten bis 23.30 Uhr bestehe die Gefahr, daß Anwohner die Gerichte anriefen. Zumindest im Falle der Gaststätten Kickehäuschen, Asselborner Mühle und Päßgen (in der Straße Kaule) sei dies bereits konkret angedroht worden.

Herr Waldschmidt ergänzt, daß für den Fall eines Scheiterns der Verordnung vor dem Verwaltungsgericht für die Biergärten die alten Öffnungszeiten wieder gelten würden.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die Verwaltung dann schnell eine neue Verordnung erarbeiten werde.

Sodann faßt der Hauptausschuß zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion folgenden

Beschluß:

Dem Antrag der kjk Gastronomie GmbH vom 19.07.1998 betreffend der verlängerten Öffnungszeiten für Biergärten im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach wird stattgegeben.

Danach unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

- 1.) In § 1 der Verordnung wird der Begriff „Werktagen“ durch „Tagen“ ersetzt.**
- 2.) Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach erläßt die als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung in ihrer modifizierten Form.**

12 Antrag der SPD-Fraktion zur Beteiligung am autofreien Tag am 22.Sept.

Herr Waldschmidt bittet darum, dem Antrag stattzugeben. Der autofreie Tag werde durch die kommunalen Spitzenverbände unterstützt. Im Rahmen der Umsetzung könne man die Verkehrsträger bitten, sich mit entsprechenden Angeboten zu beteiligen.

Herr Müller hat keine Bedenken, den autofreien Tag durchzuführen, wengleich es sich um einen Freitag handle. Allerdings wünscht er keine größeren Geldausgaben bzw. keine Bindung von städtischem Personal.

Frau Ryborsch geht davon aus, daß der autofreie Tag bei ansprechender Gestaltung von der Bürgerschaft positiv aufgenommen wird.

Frau Böcher schlägt vor, den autofreien Tag mit den am gleichen Tag geplanten städtischen Aktionen zum Kindertag zu verbinden. So könnten z.B. die Buslinien, die zu den Veranstaltungen des Kindertages fahren, verbilligt oder gar umsonst angeboten werden.

Es besteht Einvernehmen, daß die Verwaltung im abgesprochenen Rahmen dazu beiträgt, den autofreien Tag zu einem Erfolg werden zu lassen.

**13 Entwicklung der schienengebundenen Güterlogistik
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.05.2000**

Herr Ziffus widerspricht den Aussagen der Vorlage insoweit, als daß ihm hinsichtlich der Kosten für gebrochene Verkehre von der Firma Zanders günstigere Zahlen vorlägen. Diese beziffere die Kosten für das Umladen pro Container auf lediglich 9,-- DM. Hierdurch ergebe sich für den Transport auf der Schiene ein wesentlich besseres Kosten-Nutzenverhältnis. Finanzielle Ressourcen für eine Machbarkeitsstudie sollten in jedem Falle zur Verfügung gestellt werden, da eine optimierte Güterlogistik ein wesentlicher Beitrag für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach sei. Der Güterverkehr per Schiene werde gerade auch für Bergisch Gladbach zukünftig eine immer stärkere Rolle spielen müssen, da die Verkehrswege für Lkw-Transporte in absehbarer Zeit an die Grenze ihrer Kapazität gelangten. Zumindest aufgrund der Flächennutzungsplanaussagen besitze nahezu jedes Gewerbegebiet in Bergisch Gladbach einen Gleisanschluß. Dies ermögliche eine sehr gute Anbindung an das Schienennetz der Deutschen Bahn AG. Er empfiehlt, die Mittel für die Studie noch in diesem Jahr bereitzustellen, ggf. über eine Verpflichtungsermächtigung.

Nach Auffassung von Herrn Müller obliegt es zunächst der Deutschen Bahn AG, ihr Schienennetz im Bereich von Bergisch Gladbach optimal auszubauen. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt werde, sei die Bereitstellung weiterer Güterterminals für die heimischen Betriebe unattraktiv.

Das angeführte Beispiel der Firma Zanders stelle eine Ausnahmesituation dar, da dieser Betrieb mit großen Tonnagen arbeite und nur aufgrund dessen ein günstiges Kosten-Nutzenverhältnis erreicht werde. Für die anderen Großbetriebe in Bergisch Gladbach sehe die Angelegenheit bereits ganz anders aus. Insgesamt seien Transporte auf der Schiene bislang wesentlich teurer und langsamer als solche mit Lkw. Hierbei sei auch berücksichtigt, das letztere zum Teil sehr häufig in Staus stecken blieben. Da derzeit kein größeres Unternehmen der Stadt sich an der Anlegung eines weiteren Güterterminals beteiligen wolle, lehne die CDU-Fraktion den Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß aufgrund der immer stärker zum Einsatz gelangenden 44- Tonnen- Lkw, die seit einiger Zeit entsprechend einer EU-Richtlinie zulässig seien, die Infrastruktur zerstört werde. So seien z.B. im Gewerbegebiet Zinkhütte bereits zum heutigen Zeitpunkt die durch diese schwereren Fahrzeuge erzeugten Straßenschäden offenkundig. In diesem Bereich kämen auch auf die Stadt gewaltige Kosten zu. Sie bittet darum, die Entscheidung über den Antrag zu vertagen, da sie aus einem Seminar, an dem sie teilgenommen habe, wisse, daß es sowohl für Güterlogistik als auch für Citylogistik gute und funktionierende Beispiele gebe. Sie erklärt sich bereit, die entsprechenden Unterlagen zu besorgen und der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Hieraus ergebe sich der neueste Stand.

Für Herrn Freese sind die positiven Auswirkungen des vorhandenen Güterterminals bereits heute spürbar. So habe z.B. der Lkw-Verkehr auf den Straßen Refrather Weg/Dolmanstraße deutlich abgenommen. Zudem gebe es mit dem Kölner Eifeltor eine Umschlagstelle der Deutschen Bahn AG, bei der die Güterlogistik hervorragend funktioniere. Die Firma Grünzweig und Hartmann nutze die Möglichkeiten dieser Umschlagstelle bereits. Gerade diese Firma müsse zukünftig hinsichtlich ihrer Transporte umdenken, da die anstehenden Maßnahmen im Bereich der Jakobstraße zu einer Verkürzung der Aufstellgleise führe. Seinem Wissen nach habe auch die Firma Krüger Instant bereits über eine verstärkte Nutzung der Schiene nachgedacht. Generell müsse geprüft werden, inwieweit das vorhandene Zinkhüttengleis noch stärker genutzt werden könne. Er bewertet den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als einen Appell an die Verwaltung, für eine stetige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene mit Sorge zu tragen. Vor diesem Hintergrund könne man ihm zustimmen.

Herr Müller ist bereit, aufgrund der Aussagen von Frau Ryborsch einer Vertagung zuzustimmen. Er regt an, nach Eingang der benannten Unterlagen zumindest bei den größeren Firmen der Stadt anzufragen, inwieweit ein Interesse an einer verstärkten Nutzung der Schiene bestehe.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Entscheidung über den Antrag wird vertagt.

14 Fortführung der Linie 1 über Bensberg hinaus

Herr Freese verweist auf den einstimmigen Beschluß des Rates zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 über Bensberg hinaus. Er stimmt aufgrund dessen dem Beschlußvorschlag zu. Es könne keinesfalls angehen, daß die Stadt hinsichtlich der Kosten einer Verlängerung der Stadtbahnlinie alleine in der Pflicht stehe.

Herr Müller stimmt dem Beschlußvorschlag zu. Es sei notwendig, die Kosten für die Verlängerung auf mehrere Schultern zu verteilen. Nur so sei die Verlängerung tatsächlich realisierbar.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß es in dieser Angelegenheit bereits einen Termin mit dem Landrat gebe.

Für Herrn Dr. Kassner ist es in erster Linie erforderlich, daß die Stadt die planerischen Grundlagen für eine Fortführung der Stadtbahnlinie schafft.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß bereits die sehr hohen Planungskosten auf mehrere Schultern zu verteilen seien.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, im Gespräch mit dem Landrat als Aufgabenträger die Möglichkeiten einer vorzeitigen Realisierung der Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 abzuklären.

15 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2000 zur geplanten Linienführung des Stadtbusses im Hebborner Feld

Der Antrag wurde unter TOP 5 abgehandelt.

16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2000 zur Linienplanung der Busse im Bereich des Wohnplatzes Hebborn

Der Antrag wurde unter Top 5 abgehandelt.

**17 Zentrenkonzept Bergisch Gladbach;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.03.2000**

Es besteht Einvernehmen, daß der Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist.

18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 13.04.2000, durch Verhandlungen mit dem Rheinisch Bergischen Kreis eine Schwangerschaftskonfliktberatung für den Südkreis sicherzustellen

Frau Ryborsch sieht vor dem Hintergrund, daß die Caritas ab dem 01.07.2000 die Schwangerschaftskonfliktberatung einstellt, Handlungsbedarf. Mit den Aussagen der Vorlage ist sie einverstanden. Sie fragt an, ob bereits im nächsten Hauptausschuß ein Bericht über die Ergebnisse der Bemühungen der Verwaltung gegeben werden könne.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, ob die Raumfrage für den Träger „Pro Familia“ inzwischen gelöst wurde. Der Beschluß solle ihrer Auffassung nach konkreter ausfallen als von der Verwaltung vorgeschlagen.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner führt aus, daß die Raumfrage für „Pro Familia“ gelöst werden konnte. Diese Organisation werde ihre Beratung voraussichtlich zum

01.08.2000 mit einem halben Tag aufnehmen. Die Caritas beende ihre Beratung pünktlich zum 30.06.2000. Nicht klar sei, ob der Verein „Donum Vitae“ das Beratungsangebot übernehme. Ein Indiz dafür, daß der Verein in Bergisch Gladbach aktiv werde, seien die bisher sehr hohen Fallzahlen der Caritas. Der Kreis habe im übrigen seinen finanziellen Beitrag bereits zugesagt.

Frau Münzer informiert darüber, daß hinsichtlich der Aufnahme der Arbeit durch den Verein „Donum Vitae“ voraussichtlich am 26.05.2000 eine Entscheidung falle. Die Frage der Räumlichkeiten sei noch nicht abschließend geklärt. Da der Verein allerdings die Beratung für den gesamten Kreis sicherstelle, werde eine Aktivität von „Pro Familia“ überflüssig.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß die Sozialberatungsstelle der evangelischen Kirche in Bensberg ebenfalls an einer Schwangerschaftskonfliktberatung interessiert sei. Dies solle in den Verhandlungen mit dem Kreis berücksichtigt werden.

Herr Freese erinnert an den Ratsbeschluß, daß in Bergisch Gladbach eine weitere, nicht konfessionsgebundene Beratungsstelle einzurichten sei. Dieser Beschluß sei von der Bürgermeisterin umzusetzen.

Bürgermeisterin Opladen hält den Beschlußvorschlag der Verwaltung für sehr sinnvoll. In den Verhandlungen mit dem Kreis sei eine Förderung von „Donum vitae“ anzusprechen.

Gleichstellungsbeauftragte Fahner ergänzt, daß auch der Verein „Donum Vitae“ ein plurales Angebot im Gesamtkreis für positiv erachte. Insoweit werde der Verein im Nordkreis voraussichtlich eine Außenstelle unterhalten.

Frau Schöttler-Fuchs befürchtet für den Fall, daß keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden werden, im Juli in Bergisch Gladbach keine Schwangerschaftskonfliktberatung stattfinden könne. Die Verwaltung müsse dies im Auge behalten.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis in Verhandlungen zu treten, um die Schwangerschaftskonfliktberatung im Südkreis – und damit in Bergisch Gladbach – nach dem 01.07.2000 sicherzustellen.

19 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 17.04.2000, erste Schritte zur Gründung einer eigenen städtischen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft zu unternehmen

Frau Ryborsch ist mit einer Vertagung der Entscheidung über den Antrag einverstanden. Sie bittet darum, die Variante einer stadteigenen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mit zu prüfen. Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsför-

derung NRW unterstütze Projekte auch finanziell.

Stadtkämmerer Kotulla merkt an, daß die Stadt durchaus eigene Vorstellungen zur Gründung einer Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft habe. Sie bemühe sich, diese in den Gesprächen mit allen Institutionen zur Geltung zu bringen.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß nach einer früheren Vereinbarung unter den Hauptverwaltungsbeamten die Beschäftigungsförderung eine Kreisangelegenheit bleiben sollte. Der Kreis habe aufgrund dessen auch die erforderlichen Mittel eingestellt. Wenn die Stadt einen eigenen Weg gehen wolle, sei es schwierig, vom Kreis unterstützende Gelder hierfür zu erhalten.

Herr Freese weist darauf hin, daß auch beim Kreis wenig Neigung dazu bestehe, eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft ins Leben zu rufen. Insoweit bestehe Anlaß dafür, daß die Stadt selbst tätig werde.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß für den Landrat vor allem die Problematik einer kreiseinheitlichen Regelung bestehe. Wolle die Stadt eigene Ideen gegenüber dem Kreis durchsetzen, so habe dieser das Problem, dies anschließend in kreiseinheitliche Regelungen zu integrieren.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Entscheidung über den Antrag wird vertagt.

20 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 und Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, die Punkte 20 und 21 gemeinsam zu behandeln, da sie sachlich in einem engen Zusammenhang stünden.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Danach übergibt Bürgermeisterin Opladen die Sitzungsleitung an Herrn Müller, da sie einen bereits seit langem feststehenden Termin wahrnehmen müsse. Sie stellt klar, daß dies keine Mißachtung gegenüber der nun zu diskutierenden Thematik sei.

Herr Dr. Winzen ist mit einer erneuten Vertagung der Entscheidung nicht einverstanden. Alleine das städtische Archiv habe genügend Material erarbeitet, um eine Aussage machen zu können. Es bestehe Klarheit darüber, daß etwa 30 Firmen der früheren Kommunen Bergisch Gladbach und Bensberg über 1000 Zwangsarbeiter ausgebeutet hätten. Zudem sei inzwischen nachgewiesen, daß auch die beiden kommunalen Verwaltungen seinerzeit etwa 30 Zwangsarbeiter ausgebeutet hätten. Daher sei ein Grundsatzbeschluß auf der Grundlage des Antrages seiner Fraktion vom 07.02.2000 erforderlich. Sofern allerdings vertagt werde, solle die Verwaltung die Zeit nutzen, das bereits erstellte Material noch weiter zu ergänzen. Entsprechend dem NS-Dokumentationszentrum befänden sich im Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf weitere

Unterlagen auch über die NS-Zeit im heutigen Stadtgebiet. So verfüge das Dokumentationszentrum aus dem Hauptstaatsarchiv über Lagerlisten. Insoweit könnten die durch das städtische Archiv erstellten Listen ggf. aktualisiert und erweitert werden. Er bedauert, daß bislang offenbar lediglich das städtische Archiv aktiv wurde. Initiativ hätte seiner Auffassung nach auch die Verwaltungsspitze werden müssen, insbesondere gegenüber den Firmen im Stadtgebiet. Es sei zu wenig, wenn durch die Firmen lediglich die eigene Verantwortung eingestanden werde, jedoch hieraus keine weiteren Konsequenzen entstünden. Soweit müsse der Inhalt geführter Gespräche bekanntgegeben werden. Des weiteren müsse die Verwaltungsspitze klarstellen, was sie weiter zu unternehmen gedenke. Da mit jedem verstreichenden Tag die Möglichkeit bestehe, daß frühere Zwangsarbeiter versterben, dränge die Zeit.

Frau Ryborsch betont, daß die Liste der damaligen Firmen weitgehend identisch sei mit auch heute noch bestehenden Unternehmen. Es sei bedauerlich, daß die Firmen bislang offiziell nichts verlautbart hätten. Insoweit sei eine Aufforderung des Hauptausschusses und des Rates, eine Wiedergutmachung zu leisten, unbedingt notwendig. Das NS-Dokumentationszentrum verfüge über Unterlagen, daß gegen Kriegsende im Königsforst Zwangsarbeiter durch NS-Schergen ermordet wurden. Dies habe sich in den Unterlagen des Stadtarchivs bislang nicht niedergeschlagen. Ggf. könne der Antrag ihrer Fraktion im Wortlaut modifiziert werden, damit er im Rat beschlossen werden könne.

Frau Böcher hält es für sinnvoll, die gesetzliche Regelung für die Entschädigung der Zwangsarbeiter abzuwarten. Dies bedeute allerdings nicht, daß Hauptausschuß und Rat an einer Aufforderung an die Firmen, sich an dem Fond zu beteiligen, gehindert seien. Sie regt an, die für das Stadtgebiet zusammengetragenen Ergebnisse ggf. für eine Ausstellung aufzubereiten. Zudem biete die Gesamtproblematik Anlaß dafür darüber nachzudenken, wie gerade unter Jugendlichen Präventionsarbeit gegen rechtsradikales Gedankengut geleistet werden könne.

Herr Krämer schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu Punkt 20 an. Es sei notwendig, die Sachfragen zu klären, bevor eine Entscheidung getroffen werde. Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe er Bedenken gegen die Punkte 2 und 3. Diesen wolle die CDU-Fraktion nicht zustimmen. Er bittet daher um getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Herr Thannisch entgegnet, daß von anderer Seite durchaus daran gedacht werde, Listen der Firmen zu veröffentlichen, die nicht bereit seien, sich an einer Entschädigung zu beteiligen. Es gehe darum, Trittbrettfahrertum zu vermeiden und alle Firmen, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigten, an ihre Verantwortung zu mahnen.

Frau Ryborsch schlägt vor, sich überfraktionell auf eine Formulierung zu einigen, die der gesamte Rat verabschieden könne. Diese könne durchaus in Form einer Bitte an die verantwortlichen Firmen abgefaßt werden. Der Antrag ihrer Fraktion habe mit den einzelnen Punkten keine konkreten Formulierungen vorgeben wollen. Es gehe darum, daß sich möglichst viele Firmen an dem vorgesehenen Entschädigungsfond beteiligten.

Herr Krämer stimmt dieser Verfahrensweise zu.

Da die Entscheidung über den Antrag der SPD-Fraktion vertagt wird, ist Herr Müller

der Auffassung, daß bis zu den Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates im Juni genügend Zeit zur Verfügung stehe, eine alle Fraktionen zufriedenstellende Fassung zu erarbeiten. Denkbar sei, daß auf der Ebene des Ältestenrates ein einvernehmlicher Entwurf erarbeitet und den beiden Gremien zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Frau Ryborsch ist hiermit einverstanden.

Es besteht Einvernehmen, daß in dieser Form verfahren wird und die Angelegenheit dem Hauptausschuß und dem Rat in ihren Sitzungen am 20.06. bzw. 27.06.2000 vorgelegt wird.

Eine Beschlußfassung über die beiden Tagesordnungspunkte erfolgt nicht.

21 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 06.04.2000 zur Problematik der NS- Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach

Der Antrag wurde unter TOP A20 mit abgehandelt.

22 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfrage zur Renaturierung des Refrather Kahnweihers und zum Bebauungsplan „Steinbreche“

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß die im Rahmen der Renaturierung des Refrather Kahnweihers geplanten und in den Kontext der Lokalen Agenda 21 eingebetteten Maßnahmen in einem engen Zusammenhang mit dem Besatzungsbeschuß zum Bebauungsplan „Steinbreche“ stünden. Er bittet darum, ihm eine Kopie des Satzungsbeschlusses zu diesem Bebauungsplan zu übersenden.

2. Anfrage zur Zentrenstudie und zum Gelände des künftigen Kinocenters im Bereich des Parkhauses/S-Bahnhof

Herr Ziffus stellt folgende Fragen:

- a) Die Zentrenstudie von Prof. Jansen fordere den „neuen Anker“ im Bereich des Bahnhofes in Sichtweite der Hauptstraße. Er möchte wissen, ob seine Auffassung richtig ist, das danach das ehemalige Köttgen-Gelände aus dem derzeitigen Stand der Planungen herausfällt.
- b) Werde die Verwaltung für den Fall, daß sie das derzeit brachliegende Gelände des künftigen Kinocenters im Bereich des Parkhauses/S-Bahnhof vom Investor Hahn zurückerwerben und damit eine neue Planung initiieren könne, zugreifen?

Herr Kotulla hält die Frage zu b) angesichts der derzeitigen Bemühungen des Investors, das Projekt zu retten, für unerträglich und beantwortet sie vorab mit einem klaren „nein“.

Die Frage zu a) werde schriftlich beantwortet.

3. Anfrage zur neuen Busverbindung von Oberkülheim über Bärbroich und Herkenrath nach Bensberg

Herr Sacher weist darauf hin, daß mit dem Fahrplanwechsel am 27.05.2000 eine neue Busverbindung von Oberkülheim über Bärbroich und Herkenrath nach Bensberg eingerichtet wird. Ihm sei bekannt geworden, daß diese Buslinie täglich ab 20.00 Uhr ihren Betrieb einstelle. Seiner Auffassung nach sei es jedoch notwendig, zumindest an den Wochenenden zusätzliche Fahrten bis wenigstens 22.00 Uhr oder 23.00 Uhr durchzuführen, damit insbesondere Jugendliche die Möglichkeit hätten, auch in späteren Abendstunden noch mit dem ÖPNV nach Hause zu kommen. Er fragt an, ob die Verwaltung Einfluß nehmen könne, um hier ggf. Verbesserungen zu erreichen.

4. Anfrage zu Schäden im Straßenpflaster im Bereich der Bushaltestelle Markt und des Buchmühlengeländes

Herr Jung weist darauf hin, daß die Pflasterung sowohl im Bereich der Bushaltestelle Markt als auch im Bereich des Buchmühlengeländes erhebliche Schäden aufweist. Die einzelnen Pflastersteine hätten sich gelockert bzw. abgesenkt. Im Bereich der Haltestelle sei dies insbesondere durch den Busverkehr verursacht worden, der künftig noch zunehmen werde. Da eine Reparatur unumgänglich sei, wolle er wissen, ob die Verwaltung die notwendigen Maßnahmen bereits geplant hat. Insbesondere werde es bei einer Reparatur der Pflasterung im Bereich der Bushaltestelle notwendig, die Busse umzuleiten. Er fragt an, ob hier bereits eine Planung erstellt wurde bzw. eine Absprache mit den Verkehrsträgern erfolgt sei.

Im Bereich des Buchmühlengeländes führen zwar keine Busse, jedoch stellten die gelockerten Pflastersteine insbesondere für Fußgänger eine große Gefahr (durch Stolpern) dar. Auch hier wolle er wissen, ob für die notwendigen Reparaturen bereits ein Maßnahmenplan erstellt wurde.

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Herr Müller schließt die öffentliche Sitzung.